



**RATSREPORT**  
**SPD-FRAKTION**  
*VOM 16.12.2014*

## **RRX-HALT IN MÜLHEIM DAUERHAFT SICHERN** *RAT SETZT FAHRPLANSTUDIE UND UNTERSUCHUNG DER INFRASTRUKTURKOSTEN AUF DIE SCHIENE*

Auf Antrag von SPD, CDU und den Grünen hat der Rat heute die Beauftragung einer gemeinsamen Untersuchung mit dem Nahverkehr Rheinland (NVR) beschlossen. „Die Untersuchung ist ein weiterer richtiger und wichtiger Schritt, um den Halt des RRX in Mülheim, auch über den Vorlaufbetrieb bis 2030 hinaus, zu sichern“ so Jochen Ott, Vorsitzender der KölnSPD.

Das für Nordrhein-Westfalen bedeutendste Infrastrukturprojekt im schienengebundenen Personenverkehr sieht vor, die Metropolregion Rhein-Ruhr mit sechs Linien des leistungsstarken RRX ab 2018 zu vernetzen. Auf der Kernachse zwischen Dortmund und Köln soll der RRX nach dem Streckenausbau im 15-Minuten-Takt fahren. Im Jahr 2013 hatten sich Vertreter der SPD in Köln und NRW fraktionsübergreifend an den Landesverkehrsminister NRW und den Bundesverkehrsminister gewandt, um einen bis dahin nicht vorgesehenen Halt des RRX in Köln-Mülheim zu erreichen.

Für die Zeit des Vorlaufbetriebs bis zum Jahr 2030 ist der Bahnhof Mülheim nun als Haltepunkt des RRX vorgesehen. Für einen dauerhaften Halt muss die Wirtschaftlichkeit nachgewiesen werden, damit der Ausbau durch den Bund finanziert wird. Dazu sollen die heute beauftragte Untersuchung der notwendigen Infrastrukturkosten und eine Fahrplanstudie dienen. Susana Dos Santos-Herrmann, verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion, hält das Engagement für unverzichtbar: „Die dauerhafte Integration der Haltestelle des Mülheimer Bahnhofs ist wichtig, um den Pendlerbewegungen in unserer Stadt und Köln als Verkehrsknoten auch zukünftig gerecht zu werden.“

[http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_\\_kvonr=48629&voselect=12436](http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=48629&voselect=12436)



cc: Moritz Lötzen



# RATSMehrheit für gemeinsame Flüchtlingspolitik

## SPD-10-PUNKTE-PAPIER GRUNDLAGE FÜR GEMEINSAMEN ANTRAG

Eine breite Mehrheit fand der aus dem 10-Punkte-Papier der KölnSPD geformte Antrag zu den Schwierigkeiten der Flüchtlingsunterbringung in Köln. „Ein erster Schritt für eine menschenwürdige Unterbringung und Integration der schutzsuchenden Menschen ist damit getan,“ so Martin Börschel, Fraktionsvorsitzender der Kölner SPD-Ratsfraktion. „Ein breiter politischer Konsens in Fragen der Flüchtlingspolitik ist von großer Bedeutung,“ so Börschel weiter.

13 Eckpunkte umfasst der jetzt vorgelegte gemeinsame Antrag. Zentrale Forderungen der SPD sind die gerechte Gestaltung der Zuweisungsregularien, die vollständige Kostenübernahme der Flüchtlingsunterbringung durch Land und Bund, die Einrichtung der Bürgerämter als zentrale Anlaufstelle für Willkommensinitiativen, die Stärkung des Betreuungsnetzes, um den Schutz der Flüchtlinge in den Unterkünften und ein friedliches Zusammenleben dort und mit den Nachbarn zu garantieren. „Mit unseren Maßnahmen zur Stärkung und dem Ausbau der Willkommenskultur schaffen wir die Grundlage für einen frühzeitigen und regelmäßigen Austausch zwischen den Flüchtlingen und den Nachbarn rund um die Unterkünfte. Diesen unmittelbaren Kontakt betrachten wir als eine der wichtigsten Grundlagen für eine gelingende Integration der Neubürger in die Stadtgesellschaft,“ so Christian Joisten, integrationspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion. Darüber hinaus soll die Unterbringung in Zelten

vermieden werden. Daher ein Appell an die Kölner Wohnungsgesellschaften und Immobilienunternehmen, kurzfristig Wohnraum für Flüchtlingsfamilien bereitzustellen.

Michael Paetzold, sozialpolitischer Sprecher der SPD Ratsfraktion, fordert ein Zusammenstehen der gesamten Stadtgesellschaft: „Die Integration der Menschen, die zu uns geflohen sind, kann die Verwaltung alleine nicht gewährleisten. Das ist eine Herausforderung für die ganze Stadtgesellschaft. Wir müssen deshalb alle Anstrengungen unternehmen, um aus Menschen, die zu uns geflohen sind, Mitbürgerinnen und Mitbürger zu machen. Mit diesem Antrag schaffen wir endlich die notwendigen Grundlagen für eine mögliche Verbesserung der Flüchtlingssituation.“

🔗 [http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_\\_kvonr=48976&voselect=12436](http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=48976&voselect=12436)

- Gerechte Gestaltung der Zuweisungsregularien
- Vollständige Kostenübernahme
- Bürgerämter als zentrale Anlaufstelle
- Stärkung des Betreuungsnetzes
- Keine Unterbringung in Zelten
- Appell an die Wohnungsgesellschaften
- Gerechte Verteilung unerlaubt Eingereister
- Vereinfachung baurechtlicher Verfahren
- Verteilungsgerechtigkeit über alle Stadtteile
- Berücksichtigung der Flüchtlingszahlen bei der Stadtplanung.
- Berufsfördernde Maßnahmen für Flüchtlinge
- Beachtung der Leitlinien zur Flüchtlingspolitik
- Ressourcenplanung in die Haushaltsberatungen

---

Dies sind kurzfristige Maßnahmen, um die akuten Herausforderungen im Flüchtlingsbereich zu meistern. Langfristig streben wir die Rückkehr zu den vereinbarten Leitlinien im Flüchtlingsbereich an.

## „GANZTAG AUF DEM VORMARSCH“ GANZTAGSANGEBOT WIRD WEITER AUSGEBAUT



Wir setzen uns weiter für den Ausbau der Ganztagschulen ein. Die Erfolge in diesem Bereich zeigen, dass dies der richtige Weg ist.

Zwei weitere Kölner Schulen werden zu Ganztagschulen. Die Johannes-Gutenberg-Realschule in Godorf sowie die städtische Förderschule Zülpicher Straße starten mit ihrem Ganztagsangebot am 01. August 2015. Beide Schulen verzeichnen stabile Schülerzahlen und beantragten auf ihren Schulkonferenzen die Einführung des gebundenen Ganztags in der Sekundarstufe.

Bereits 2008 hatte sich der Rat für eine flächendeckende und bedarfsgerechte Einführung des gebundenen Ganztags ausgesprochen. Die aktuellen Elternbefragungen belegen eindeutig den Wunsch vieler Eltern nach einer Schule mit Mittagessen und Unterrichtsangeboten am Nachmittag. Mit den beiden neuen Angeboten zum nächsten Schuljahresbeginn steigt die Ganztagsquote an den weiterführenden Schulen auf rund 70%.

Wie die Verwaltung ergänzend mitteilt, möchte die Förderschule Berliner Straße in Mülheim zum nächsten Schuljahr in den Gebundenen Ganztags wechseln. Hier arbeiten Schulleitung und Stadtverwaltung jedoch noch an einem Raumkonzept, um vor allem die notwendige Essensversorgung zu organisieren.

🔗 [http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_\\_kvonr=47350&vo-select=12436](http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=47350&vo-select=12436)

## KÖLN INVESTIERT IN BILDUNG

Ganze 57 Mio. Euro für neue Schulbauten haben die Ratsvertreter in ihrer aktuellen Sitzung beschlossen. Geplant sind neue Grundschulen mit Sporthalle an der Thessaloniki-Allee in Kalk sowie auf dem Gelände des ehemaligen Nippesbads an der Friedrich-Karl-Straße. Weiterhin werden die beiden bereits bestehenden Schulstandorte an der Frankstraße und am Severinswall für den Start der ersten Gesamtschule im Stadtbezirk Innenstadt erweitert.

Insgesamt 20,7 Mio. € sind für den Erweiterungsbau an der Frankstraße sowie den Neubau eines Schulgebäudes sowie zweier Turnhallen am Teilstandort Severinswall eingeplant. An der Frankstraße sollen die Schulbauten im Jahr 2018 fertig sein, am Severinswall drei Jahre später.

In Nippes entsteht auf dem Gelände des ehemaligen Nippesbads für insgesamt 16,2 Mio. € neue 3-zügige Grundschule mit Turnhalle. Das gesamte Grundstück wurde durch die Stadt von der Köln Bäder GmbH erworben und bietet in unmittelbarer Nachbarschaft auch Platz für eine neue Kindertagesstätte. Die Errichtung der Kita übernimmt ein Investor.



Zur Umnutzung der ehemaligen Schwimmbadfläche in einen Kindertagesstätten- und Schulstandort wurde bereits die Änderung des Bebauungsplans eingeleitet. Das neue Grundschulgebäude soll nach Mitteilung der Stadtverwaltung zu Beginn des Schuljahres 2020/2021 fertig sein. Die Kita nimmt voraussichtlich früher ihren Betrieb auf, fertig sein, die Verwaltung schätzt ca. zwei Jahre nach Abschluss des Grundstücksgeschäfts.

Ein dreizügiger Grundschulneubau entsteht auch an der Thessaloniki-Allee in Kalk. Die Kosten für den Neubau inklusive einer Einzelsporthalle nach EnEV 2014 werden auf rund 16,6 Mio. € geschätzt. Auch in Kalk besteht aufgrund wachsender Einwohnerzahlen ein ständig wachsender Bedarf an Schulplätzen. Bereits vor einiger Zeit hatte die Stadt dazu das Grundstück der ehemaligen Chemischen Fabrik Kalk an der Ecker Vietorstr./Wipperführter Str. Stadt erworben. Die ersten „I-Dötzchen“ sollen zu Beginn des Schuljahres 2020/2021 in die neue Grundschule einziehen.

An allen drei Standorten erfolgt die Planung nach dem aktuellen Energiestandard aus der Energiesparverordnung (EnEV) 2014. SPD und CDU baten die Verwaltung in einem gemeinsamen Antrag zusätzlich um Prüfung, inwieweit an den Schulen eine kontrollierte Be- und Entlüftungsanlage von Nöten ist, um die Klassenräume den Unterrichtsrealitäten entsprechend besser lüften zu können.

Zudem wird die Theodor-Heuss-Realschule in Sülz erweitert. Hier fasste der Schulausschuss in seiner gestrigen Sitzung einen entsprechenden Baubeschluss. Für ihren Ganztagsbetrieb erhält die Theodor-Heuss-Realschule an der Euskirchener Straße einen Erweiterungsbau. Das Raumprogramm umfasst zwei Inklusionsräume, drei Ganztagsaufenthaltsräume, eine Küche und einen Speiseraum. Der Baubeginn ist für September 2015 vorgesehen, die Fertigstellung September 2017.

#### **🔗 Weiterführend:**

[http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_\\_kvonr=43608&voselect=12436](http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=43608&voselect=12436)  
[http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_\\_kvonr=46507&voselect=12436](http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=46507&voselect=12436)  
[http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_\\_kvonr=46407&voselect=12436](http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=46407&voselect=12436)  
[http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_\\_kvonr=47984&voselect=14020](http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=47984&voselect=14020)





# 350 NEUE WOHNUNGEN ENTSTEHEN IN KÖLN-MÜLHEIM

## WEITERER MEILENSTEIN BEI DER STÄDTEBAULICHEN NEUGESTALTUNG DES MÜLHEIMER SÜDENS ERREICHT

Der Rat hat in seiner heutigen Sitzung den Bebauungsplan „Euroforum Nord“ in Köln-Mülheim beschlossen. Damit sind die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die städtebauliche Neugestaltung eines Teils des Mülheimer Südens geschaffen. „Wir legen den Grundstein für ein neues Veedel mit gemischter Nutzung. Hier sollen 350 neue Wohnungen gebaut werden. Gleichzeitig sollen Einzelhandel, private Dienstleister sowie Gewerbe angesiedelt werden“, betont Michael Frenzel, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion. „Mülheim 2020 war ein wichtiger Aufbruch, jetzt wird mit dem Euroforum Nord das Veedel weiter entwickelt. Jede neu gebaute Wohnung hilft, die Mieten bezahlbar zu halten“, stellt Frenzel klar.

Damit werden ehemals industriell genutzte und nunmehr überwiegend brachliegende Flächen städtebaulich neugeordnet und die Voraussetzungen für eine städtebaulich attraktive und hochwertige Nachfolgenutzung geschaffen. Der Mülheimer Süden, ein historisch gewachsenes Industrieareal, galt seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als „Wiege der Weltmotorisierung“. Neben dem Motorenbau wurde beispielsweise auch der Prototyp der Wuppertaler Schwebebahn konstruiert und in den 1890er Jahren mit einer Teststrecke erprobt. Industrialisierung und wirtschaftlicher Strukturwandel im rechtsrheinischen Köln sind untrennbar mit dem Namen der Klöckner Humboldt Deutz AG (KHD) verbunden. In der Blütezeit des Unternehmens Mitte der 1960er Jahre beschäftigte das Werk über 22 000 Industriearbeiter und Angestellte. Ende der 1980er Jahre begann mit der Aufgabe der repräsentativen Hauptverwaltung allerdings der Rückzug des KHD-Werkes an der Deutz-Mülheimer Straße. Große Teile der Werksgebäude wurden Ende 1995 durch Feuer zerstört.

### Weiterführend:

Weitere Informationen sind im Internet unter folgendem Link zu finden:  
[http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_\\_kvonr=47796&voselect=12436](http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=47796&voselect=12436)



# KONTINUITÄT FÜR HAUSHALTSWIRTSCHAFTLICHE HILFEN

## RAT BESCHLIEßT MIT BREITER MEHRHEIT PROJEKTFORTFÜHRUNG



Wir lassen die älteren Menschen in unserer Gesellschaft nicht alleine und unterstützen diese politisch, wo es geht, damit diese in Würde altern können.

Martin Börschel, Fraktionsvorsitzender der KölnSPD begrüßt die Entscheidung: „Es ist ein sinnvolles Projekt. Wir fördern die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt und unterstützen ältere, kranke einkommensschwache Menschen bei der Bewältigung der täglichen Aufgaben im häuslichen Umfeld.“ Das Projekt wurde Ende 2012 auf SPD-Initiative einstimmig vom Rat beschlossen. Seitdem konnten 13 langzeitarbeitslose Frauen eingestellt, für die Aufgabe geschult und in der Betreuung eingesetzt werden.

50 bis 75 Menschen werden seither in wechselnden Betreuungsverhältnissen unterstützt. Eine begleitende Evaluation verdeutlicht, dass es erforderlich ist das Projekt noch weiter bekannt zu machen. „Viele ältere Menschen haben bisher keinen Zugang zu sozialen Dienstleistungen und auch keine Informationen dazu“ so Michael Paetzold, der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion. „Ziel des Projektes muss es sein auch diese Menschen zu erreichen“, so Paetzold weiter. „Die Eigenbeteiligung für ältere Menschen, die keine Ansprüche auf SGB XII Leistungen haben, muss verringert werden. Seniorinnen und Senioren können sich einen Eigenanteil von 12 Euro pro Stunde in der Regel nicht leisten.“ Die Fortführung des Projektes erfolgt haushaltsneutral, da durch die Maßnahmen eine Entlastung bei der Hilfe zur Pflege erwirkt werden kann.

🔗 [http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_\\_kvonr=47744&vo-select=12436](http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=47744&vo-select=12436)

# BÜRGERHAUSHALT 2015: „IDEE VOR BUDGET“

## KEIN STARRE FESTSCHREIBUNG DER FINANZMITTEL

Der Rat ist heute dem gestrigen Beschluss des Finanzausschuss gefolgt und hat mit großer Mehrheit beschlossen, das Bürgerhaushaltsverfahren auf Basis der am 29.09.2014 einstimmig vom Finanzausschuss beschlossenen Regeln zu Ende zu führen. Anschließend soll eine Evaluierung des für 2015 gewählten Beteiligungsansatzes stattfinden. Der Schwerpunkt der Beteiligung für 2015 wurde auf die Vorschläge von Bürgerinnen und Bürgern für die jeweiligen neun Stadtbezirke gelegt. Darüber hinaus konnten die Bürgerinnen und Bürger wie bisher auch Vorschläge zum gesamten Haushalt 2015 machen. „Bei der nun anstehenden Bewertung der Vorschläge stehen für uns sinnvolle Ideen für die Veedel an erster Stelle. Erst danach kommt für uns die Frage der Finanzierbarkeit. Eine starre Festschreibung von Finanzmitteln lehnen wir ab, da dies die Bezirksvertretungen bei der Bewertung der Bürgervorschläge unnötig einschränkt. Mögliche gute Vorschläge würden darüber hinaus nicht mehr in die Abwägung einbezogen,“ erklärt Martin Börschel, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion. Börschel weiter: „Eine starre Mittelbegrenzung führt auch dazu, dass Ungleichgewichte zwischen den Stadtbezirken und Stadtteilen nicht berücksichtigt werden könnten. Das ist nicht in unserem Sinn. Wir wollen die Bezirksvertretungen in ihrem Handeln stärken. Das haben wir in den letzten Jahren mit diversen Initiativen bewiesen.“ Dazu zählt das Klima- und Stadtverschönerungsprogramm für die Bezirke und das Investitionsprogramm zur Gestaltung von Plätzen in den Bezirken. Im Haushaltsplan 2013/2014 wurden außerdem 2,4 Mio. Euro für Plätze in Chorweiler, Mülheim und Porz eingestellt.

🔗 <http://koelnspd.de/wp-content/uploads/2014/12/GemDringlichkeitsantragBHH2015FiA151214.pdf>



# VERBRAUCHERSCHUTZ IN KÖLN GESICHERT

Die KölnSPD begrüßt die heutige Entscheidung des Rates, die Verbraucherschutzzentrale auch in Zukunft weiter zu fördern. „Es ist uns wichtig, ein gutes Beratungsnetzwerk für alle Verbraucherinnen und Verbraucher vorzuhalten,“ so Martin Börschel, Fraktionsvorsitzender der SPD- Ratsfraktion. Mit dem heutigen Beschluss schließt die Stadt Köln einen Vertrag über 5 Jahre ab und erhöht die kommunale Fördersumme ab 2015 auf 290.000 € pro Jahr. Der Umzug der Beratungsstelle der Verbraucherzentrale zur Frankenwerft ist seit August vollzogen. Die Ausweitung von Dienstleistungen für die Kölnerinnen und Kölner ist geplant. Die Verbraucherberatung soll nicht nur Anlaufstelle für Ratssuchende sein, sondern wird zukünftig auch, wie von der KölnSPD gefordert, in den Stadtvierteln vor Ort präsent sein, um sich dort mit den bereits bestehenden Beratungsangeboten zu vernetzen. „Beratung und Bildungsangebote, sollen unabhängig von der Herkunft, Bildung und Geldbeutel allen Verbraucherinnen und Verbrauchern zur Verfügung stehen“ so Börschel weiter. Nach Auffassung der Sozialdemokraten kann sich „aufsuchende Verbraucherberatung“ auch in Kirchengemeinden oder in den Familienzentren und – bildungsstätten einbringen. Weitere Verknüpfungspunkte sollen die 11 Kölner Sozialräume sein, in denen es bereits jetzt eine Vielzahl sinnvoller sozialer Unterstützungsangebote gibt.

## Weiterführend:

Weitere Informationen sind im Internet unter folgendem Link zu finden:  
[http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_\\_kvonr=47796&voselect=12436](http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=47796&voselect=12436)

# GEMEINSAME ZENTRALBIBLIOTHEK FÜR KUNST UND KUNSTGESCHICHTE

## *KOOPERATION ZWISCHEN STADT UND UNIVERSITÄT AUF DEN WEG GEBRACHT*

Zukünftig wird es einen gemeinsamen Betrieb der Kunst- und Museumsbibliothek der Stadt Köln (KMB), der Universitätsbibliothek und der Stadtbibliothek geben. Dies hat der Rat heute beschlossen und damit wichtige Forderungen der KölnSPD umgesetzt. Der gemeinsame Bestand der neuen Bibliothek wird über geschätzt ca. 800.000 Bücher verfügen. So wird eine geisteswissenschaftliche Forschungsplattform geschaffen, die sich besonders positiv auf die Forschungsfelder Geschichte, Kunstgeschichte und Architektur auswirken wird.

„Wir begrüßen die Entscheidung des Rates ausdrücklich, lobt Martin Börschel, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion die heutige Entscheidung. Dies stellt eine gute Basis dar, um die nächsten Schritte zu einer gemeinsamen räumlichen Lösung zu gehen. Auch hierfür wollen wir breite und tragfähige Mehrheiten finden, um den Wissenschaftsstandort Köln weiter auszubauen und zu stärken“.

## Weiterführend:

Weitere Informationen sind im Internet unter folgendem Link zu finden:  
[http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_\\_kvonr=48409&voselect=12436](http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=48409&voselect=12436)





# KÖLN SPD BEGRÜßT HAUSHALTSEINBRINGUNG DER VERWALTUNG



Die SPD-Ratsfraktion dankt der Stadtverwaltung für die Einbringung des Haushaltsentwurfs 2015 in der heutigen Sitzung des Rates. Die Stadtverwaltung muss allerdings noch 166 Mio. Euro einsparen. Bislang konnten von diesem Konsolidierungsbetrag bereits 100 Mio. Euro identifiziert werden. Die Restsumme von rd. 70 Mio. Euro muss noch mit entsprechenden Fachplanungen hinterlegt werden. Wir erwarten dies möglichst zeitnah, damit wir unverzüglich mit unseren Haushaltsplanberatungen beginnen können. Ziel ist eine zügige Verabschiedung des Haushalts, um schnellstmöglich Verlässlichkeit herzustellen. Hier sollte allen klar sein, dass sich die anstehenden Herausforderungen in Köln nur im Konsens lösen lassen. Dabei wird sich die SPD-Ratsfraktion auch weiterhin für einen ausgewogenen Konsolidierungskurs einsetzen damit Köln handlungsfähig bleibt.

🔗 [http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_\\_kvonr=48908&vo-select=14077](http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=48908&vo-select=14077)